



- [AktuellesAuf dem Laufenden](#)
- [DPoIGWer wir sind](#)
- [ServicesWas wir bieten](#)
- [MitgliederAngebote für euch](#)
- [KontaktSchreibt uns](#)

28 Sep 2011

Meine Meinung...

[Meine Meinung....](#) [No Comments](#)

Meine Meinung...



Was soll hier in Sachsen und in Deutschland noch werden? Wo stehen wir eigentlich?

Die neue Polizeireform Polizei 2020 sagt aus, es soll 25% der Polizeibelegschaft eingespart werden. Das sei notwendig unter dem Aspekt des Sparens und der Demografie.

Weil die Bevölkerung in absoluten Zahlen schrumpft, schrumpft selbstverständlich auch die Kriminalität!

**Eine Super-Analogie!
Mehr Mathematiker in die Regierung!
(Denn dieser Beweis müsste mal wissenschaftlich erbracht werden.)**

Ich gebe unumwunden zu, ich habe Angst.

Und es wird mir nicht leid werden, dies zu äußern.
Darzulegen ist dies an zwei ganz konkreten Fakten.

- Der 13.02.2010 bescherte uns 17 verletzte Polizisten. In 2011 reichte der 13. schon nicht mehr aus und der 19.2. musste zusätzlich noch herhalten. Fazit: An die 100 verletzte Polizisten. Wie sieht das in 2012 aus, frage ich mich schon heute.
Der Demonstrationstourismus nimmt zu. Die Aggressionen entladen sich zu solchen Veranstaltungen immer mehr und vermeintlich normale und friedliche Bürger agieren in der Gruppe zunehmend aggressiv. Woher ihr tatsächlicher Frust kommt, der sich dort entlädt, lädt zu Spekulationen ein. Was den gemeinen Demonstranten mit Gewaltpotential vom Einsatzbeamten unterscheidet, ist zumindest die Tatsache, dass er sich freiwillig entscheiden kann, zuhause zu bleiben.
- Und wie geht es der breiten Masse der Einsatz- und Vollzugsbeamten?
Sie sind hochmotiviert, da sich ja auch die Verbrechensrate zu mindestens 25 % rückläufig gestaltet.

Im Grunde herrscht überall Frust. Der Krankenstand steigt. Nicht darum, weil die Jungs und Mädels, den alten Witzern nach, faul sind. Sondern weil die Belastung ins Unermessliche steigt. Das allein wäre sicher für viele noch nicht mal ein Grund zu resignieren, denn man wächst ja mit seinen Aufgaben. Dass der Vollzugsbedienstete im Allgemeinen im sprichwörtlichen Regen stehen gelassen wird, dürfte da nicht wundern. Er ist der Prügelknabe. Der kleinste Fehler kann alles kosten und das dürfte nicht die Beförderung sein, von der schon viele nicht mehr wissen, wie das Wort geschrieben wird.

Resignation macht sich breit. Der einzelne zählt nicht. Und das der Krankenstand, besonders der jüngeren Kollegen wächst, ist nicht Ausdruck von Faulheit. Es ist Ausdruck von Krankheit, Perspektivlosigkeit und Demotivation. Die Älteren können da etwas tafter sein, sie zählen einfach die Totensonntage.

Ist das menschlich nachvollziehbar, auf jeden Fall!?

Denn was tut der Dienstherr? Das können die meisten sicher problemlos beantworten. Wie stellt sich landläufig die Bevölkerung vor, wie ein Polizist abgesichert ist. Der Staat kämpft für seine Diener. Er steht hinter ihnen oder davor, je nach Betrachtungsweise, aber zumindest ganz nahe bei ihm.

Bitte lauft des Lachens wegen nicht ganz so weit weg und trocknet die Tränen!

Wahr ist doch, dass jegliche Möglichkeit vom Dienstherrn genutzt wird, dem einzelnen zusätzlich zu einem „Vorkommnis“ noch eins einzuschenken. Der einzelne ist hier auch allein. Muss sich gegen die Vorwürfe wehren und sieht sich auch noch der Attacken des Dienstherrn ausgesetzt.

Bleiben wir mal bei den Fakten von oben.

Die Einsparungen an Personal sollen durch die Spreizung von Abgängen und Zugängen hauptsächlich umgesetzt werden. Bisher gehen zwischen 500 und 700 Kollegen pro Jahr in den Ruhestand. Versprochen wurde ein Einstellungskorridor von jährlich 300 Anwärtern.

Stellenabbau von etwa 11500 Polizisten auf ca. 8000 in den nächsten Jahren.

„Geniale Vordenker“ sind ja der Meinung, dass vier Bürgerpolizisten ein Revier ersetzen. Wenn man personengebundene Aufpasser hat, kann man schon mal ins Schwärmen geraten.

Wie schön muss die Zeit gewesen sein, als der Schutzmann an der Ecke noch von jedem begrüßt wurde. Der lief da allein mit seiner Pickelhaube, stellt Euch das Mal vor.

Heute ist es schon bedenklich eine Jugendgruppe mit einer Streifenwagenbesatzung zum Verlassen der Szenerie aufzufordern.

Und wie soll das unter diesen Voraussetzungen weitergehen? Ich empfehle jedem, der fragt, sich ganz besonders für die Prävention und den Schutz der eigenen Kinder einzusetzen. Denn Prävention findet ja auch immer weniger statt. Fragt in den Schulen nach, wer das nicht weiß.

Ist das nicht unlogisch? Ist es nicht, denn Prävention lässt sich schwer in Legislaturperioden abrechnen.

Also immer schön die Probleme kultivieren und sie am Ende vor der schrumpfenden Gemeinde an polizeilichen Sicherheitskräften auskippen.

Wir brauchen ja keine Sicherheit, da wir im zivilisierten Europa leben. In Spanien und Griechenland war es in diesem Jahr auch immer sehr zivilisiert bei der besten Sicherheitslage, olé.

Jedoch dürften die spanischen und griechischen Behörden zumindest ausreichende rechtliche Grundlagen haben. Wie wollen wir das hier eigentlich gestern, heute und morgen realisieren?

Laut Veröffentlichung des Bundesgesetzblattes 866 vom 24.04.2006 wurde mit dem Ersten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht und vom 29.11.2007 mit dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht, unter anderem folgendes neu geregelt:

„... Artikel 67 Änderung des **Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung**

Die §§ 1 und 5 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.

August 2005 (BGBl. I S. 2360) geändert worden ist, **werden aufgehoben**

Artikel 49 Änderung des **Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung**
1 Gesetz verweist aus 1 Artikel auf Artikel 49 | geänderte Normen: mWv. 25. April 2006 EGZPO § 1, § 2, § 13, § 16, § 17,
§ 20 (neu), § 20, § 22 (neu), § 32 (neu), § 33 (neu), § 34 (neu)
§ 1 (**aufgehoben**)...“

„...Artikel 57 Aufhebung des **Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten**
Das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), zuletzt geändert durch
Artikel 25 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574), **wird aufgehoben**...“

Was wird in den Einführungsgesetzen i.a.R. geregelt?

Richtig!

Der Geltungsbereich.

In allen drei Einführungsgesetzen sind die Geltungsbereiche entfallen!!!

Ist das ein wichtiger Umstand?

Das beantwortet das Bundesverwaltungsgericht wie folgt:

„...Gesetze, die keinen räumlichen Geltungsbereich definieren, sind NICHTIG!

Diese Gesetze sind wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)!

„Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können. Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“
(BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147).

„Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegendem juristischen Inhalt lesen.“ (BVerwG a.a.O) (BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963)...“

Welches Gesetz gilt dann nun?

Die StPO, die ZPO und das OWiG schon mal nicht, da keiner weiß, wo man es anwenden könnte.

Auf welcher Grundlage kann dann ein Vollzugsbediensteter agieren?

Ich weiß es leider nicht.

Was ich jedoch sicher weiß, ist dass §839 und in Folge §823 BGB gelten.

Nur bleibt die Frage, wer kann den Anspruch durchsetzen und wo?

Da diejenigen, die uns mit Sparpolitik und anderen Phrasen den Personalabbau begründen, ganz sicher wissen, wie die formaljuristische Situation aussieht, lässt zu der Frage kommen, warum dies alles mit welchem Hintergrund und zu wessen Nutzen passiert?

Eines sei bemerkt, zu Nutzen des einzelnen Vollzugsbediensteten sicher nicht. Und in der Folge zu Gunsten der normalen Bevölkerung auch nicht.

Für wen soll das dann gut sein? (im Übrigen wurde in dem 2. Bundesbereinigungsgesetz (2. BMJBBG) im Rahmen einer doppelten Verneinung zum Besatzungsrecht jenes wieder hergestellt)

Also hier noch mal ganz deutlich. Ich habe Angst...

(Teil 1)

Volker Schöne
Landesvorstand

21 Sep 2011

OffenerBrief

Presseerklärung No Comments

[download](#)

Freistaat Sachsen
Ministerpräsident
Herr Stanislaw Tillich
Archivstraße 1
01097 Dresden

Offener Brief der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Sachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
eine Weisheit, der Dakota Indianer sagt:

„Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab“

So sehen wir, als Deutsche Polizeigewerkschaft, aber auch die Mehrheit unserer Kolleginnen und Kollegen der sächsischen Polizei die Reform „Polizei.Sachsen.2020“.

Unsere Polizei wird ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, da sich weder ein Bevölkerungs- noch ein Kriminalitätsrückgang von 25% einstellen wird. Aber die Personalstärke der sächsischen Polizei soll um 25% gekürzt werden.

Am Schlimmsten ist aber, dass Sie durch diesen Stellenabbau das Leben und die Gesundheit unserer Polizisten gefährden. Da diese Reform in keiner Dienststelle, in keinem –zweig eine Reserve zulässt, die zum Einsatz gebracht werden kann, wenn uns das Leben wieder überrollt. Als Beispiele werden hier nur die Grenzkriminalität, die Beschaffungskriminalität in Leipzig und die Einsätze anlässlich des 13. Februars in Dresden genannt.

Die Motivation der sächsischen Polizeibeamten ist dank Ihrer Politik völlig am Boden. Den Beamtinnen und Beamten wurde die Sonderzahlung ersatzlos gestrichen, die Lebensarbeitszeit erhöht und die Dienstrechtsreform findet ohne Mitwirkung der Betroffenen statt. Das vor zwei Jahren von uns dem Innenminister, im Beisein des Landespolizeipräsidenten, vorgeschlagene Laufbahnverlaufsmodell, hat zu keinerlei Reaktion geführt. Auch hier ließ man uns im Regen stehen.

Um bei Sprichwörtern und Weisheiten zu bleiben, gilt hier auch:

„Wer den Sumpf austrocknen will – muss die Frösche nicht fragen.“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

was wurde den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Freistaat Sachsen bis jetzt schon zugemutet. Wir denken da an die Versprechungen im Rahmen der Grenzöffnung. Wir haben damals gesagt; Warten Sie ab, wie sich die Kriminalität entwickelt, und leiten Sie danach die erforderlichen Schritte ein.

Nein, Sie haben die Bereitschaftspolizei aus der Grenzregion nach Dresden zurückgenommen und den Anwohnern wurde erklärt, dass wir mit Kennzeichenlesegeräten die Kriminalität eindämmen können. Auch wurde gesagt, dass die Bundespolizei nicht abgebaut werde. Wie es heute aussieht, lesen Sie jeden Tag in der Presse.

Jetzt versucht man den Bürgerinnen und Bürgern einzureden, dass bei Erhalt der Anzahl der Streifenbeamten und geringer Aufstockung der Bürgerpolizisten, sich für sie nichts ändert. Und ähnlich wie mit den Kennzeichenlesegeräten sollen nun die „Interaktiven Streifenwagen“ das „Allheilmittel“ sein. Bis jetzt ist noch keiner in Sachsen getestet wurden. Sodass man mit dieser Aussage sehr vorsichtig sein soll. Siehe hier auch z. B. den Digitalfunk oder die Drohne. Jene soll bekanntlich „Passbilder“ von Straftätern machen können, was sie wirklich kann.

Was nützt uns die volle Anzahl der Basisbeamten, wenn die Logistik nicht funktioniert. Wenn die Basisbeamten keine Führungs- und Einsatzmittel haben, weil diese nicht zeitgerecht bereitgestellt werden können, weil diese sich noch z. B. in Privatwerkstätten befinden. Wenn diese die Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen, die die Verwaltung nicht mehr stemmen kann, weil sie kaputt gespart wurde.

Wir könnten noch zahlreiche Beispiele aufzählen, auch wie man mit der Mitwirkung der Kolleginnen und Kollegen und der Gewerkschaften umgeht bzw. sie ignoriert.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir fordern Sie im Namen unserer Kolleginnen und Kollegen auf, nehmen Sie die für die Reform erforderlichen Gesetzesänderungen zurück und verzichten Sie auf diesen katastrophalen Stellenabbau bei der sächsischen Polizei.

Beteiligen Sie uns an den Reformen, so wie es immer durch Ihren Landespolizeipräsidenten behauptet wird.

Reden Sie erst mit uns, damit unsere sächsische Polizei handlungsfähig bleibt und wir so Schaden vom Freistaat abwenden können.

Für den Landesvorstand der DPoIG Sachsen

Frank Conrad
Landesvorsitzender

Mathias Winkler
Geschäftsführer